

# **Afrika und DIE LINKE**

## **Bilanz und Perspektiven der Afrikapolitik der LINKEN**

### **Inhalt:**

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Grußwort und Vorbemerkung</b>  | <b>2</b>  |
| <b>1. Afrikapolitik im Wandel</b>   | <b>4</b>  |
| Vom „Krisenkontinent“ zum Ziel strategischer Interessen   | 4         |
| Wirtschaftswachstum ohne Entwicklung  | 6         |
| Kriege und Konflikte  | 7         |
| Sicherheits- und Militärpolitik im Wandel   | 8         |
| Herausbildung einer neoliberalen EU-Afrikapolitik   | 11        |
| <b>2. Unsere bisherige afrikapolitische Bilanz</b>  | <b>13</b> |
| <b>3. Themenfelder einer zukünftigen LINKEN Afrikapolitik</b>   | <b>16</b> |
| 1) Eine neue Wirtschaftspolitik für und mit Afrika  | 16        |
| 2) Eine ökologisch und klimatisch nachhaltige Energiepolitik  | 18        |
| 3) Eine neue Entwicklungspolitik, für soziale<br>Sicherungssysteme und bessere Zukunftschancen        | 20        |
| 4) Stärkung staatlicher Institutionen und Strukturen  | 22        |
| 5) Demokratisierung zu fördern bedeutet, gesellschaftliche<br>Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen | 24        |
| 6) Sicherung von Frauenrechten und<br>Verwirklichung der Gleichstellung                               | 25        |
| 7) Förderung regionaler Integration   | 27        |
| 8) Die Stärkung der AU auch in der Friedens-<br>und Sicherheitspolitik                                | 29        |
| 9) Eine neue Migrations- und Integrationspolitik  | 31        |
| 10) Stärkung der Beziehungen zur afrikanischen Linken   | 32        |



## Grußwort und Vorbemerkung

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Afrika-Interessierte,**

noch im letzten Jahrzehnt galt Afrika als „vergessener Kontinent“, der allenfalls im Zusammenhang mit politischen Krisen, Katastrophen und bewaffneten Konflikten Beachtung fand. Dies hat sich spätestens seit der Jahrtausendwende verändert: Bei Gipfeltreffen und Konferenzen der sogenannten Geberstaaten und –Organisationen stand und steht Afrika seither immer wieder auf der Agenda. Diese gewachsene Aufmerksamkeit ist jedoch keinem wieder erwachten entwicklungspolitischen Gewissen der „internationalen Gemeinschaft“ geschuldet: Steigende Rohstoffpreise, unausgeschöpfte Ölvorkommen und zunehmend auch neue Märkte machen Afrika für wirtschaftliche und geopolitische Interessen wieder interessant. Verstärkt wird das neue Interesse zweifelsohne durch die wachsende Konkurrenz einiger Schwellenländer – allen voran China –, die ebenfalls nach Afrika drängen, um sich einen Zugang zu Ressourcen und Märkten zu sichern.

Die EU hat darauf mit einer neuen Afrika-Strategie reagiert. Diese wurde zwar als „Gemeinsame Strategie“ auf dem Gipfel von EU und Afrikanischer Union (AU) im Dezember 2007 verabschiedet, trägt jedoch deutlich die Handschrift der EU. Die Strategie dokumentiert und definiert eine zunehmend zielgerichtete und zwischen den EU-Staaten koordinierte Afrikapolitik, die in erster Linie Wirtschafts-, Sicherheits- und Stabilitätsinteressen der EU und europäischer Konzerne folgt. Sie ist zudem kein isoliertes Dokument, sondern reiht sich ein in wirtschaftsliberale Abkommen und Strategien wie z.B. die EPAs oder die neue Außenhandelsstrategie „Global Europe“.

DIE LINKE hat wiederholt und vehement die wirtschaftsliberale deutsche und europäischen Afrikapolitik kritisiert und zu konkreten afrikapolitischen Vorhaben und Konzepten der Geberinstitutionen, der EU und Deutschlands Stellung bezogen. In parlamentarischen Initiativen und öffentlichen Veranstaltungen haben wir als Fraktion und als Abgeordnete die Dringlichkeit einer sozialen, ökologischen und friedlichen Neuausrichtung der deutschen und europäischen Afrikapolitik angemahnt. „Afrika“ stand deshalb wiederholt auf der Tagesordnung in unserer Fraktion.

Das Euch und Ihnen vorliegende Positionspapier ist aus diesem Diskussionsprozess entstanden: Es umreißt die aktuelle Situation des Kontinents und analysiert die gegenwärtige Afrikapolitik der großen Mächte, wobei der Schwerpunkt auf der deutschen und europäischen Politik liegt. Darauf folgt

eine erste Zwischenbilanz der afrikapolitischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. Vor diesem Hintergrund stelle ich mögliche Schwerpunkte einer neuen, einer linken Afrikapolitik zur Diskussion.

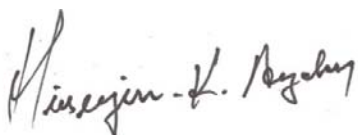
Dem Papier möchte ich aber zwei Grundüberlegungen voranstellen, an denen sich unsere Diskussionen in der Fraktion und auch meine Arbeit an diesem Papier stets orientiert haben, und die jeder LINKEN (und linken) Afrikapolitik zu Grunde liegen müssen:

„Afrika ist ein Kontinent, kein Land.“ Die Aussage mag banal klingen, doch wird sie in der politischen Praxis des Westens bis heute nicht ausreichend berücksichtigt. Statt dessen werden von Regierungen, internationalen Organisationen und regierungsnahen Forschungsinstituten in der Regel von außen verallgemeinernde Analysen erstellt und „one-size fits all“-Lösungsstrategien für „die Probleme Afrikas“ oktroyiert. Diese Herangehensweise ist zum Scheitern verurteilt, denn allein in den 48 Staaten Afrikas südlich der Sahara leben heute rund 750 Mio. Menschen, im Jahr 2020 werden es über 1 Milliarde sein. Sie leben unter unterschiedlichen ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und klimatischen Voraussetzungen, und die Staaten Afrikas durchlebten seit der Dekolonisation äußerst verschiedene Entwicklungen. ExpertInnen gehen davon aus, dass diese Heterogenität in Zukunft weiter zunimmt. Extern entwickelte Analysen, Lösungsstrategien und Handlungsempfehlungen müssen sich der Vielfalt und auch der Widersprüchlichkeiten auf dem Kontinent immer bewusst sein.

Westliche Afrikapolitiken zeichnet zudem aus, dass sie nur in Ausnahmefällen als Politik *mit* Afrika konzeptionalisiert und umgesetzt werden. Statt dessen war Afrika seit der Kolonialzeit nur Objekt der Politiken und Interessen mächtiger Staaten und Organisationen. Dies gilt auch für „gut gemeinte“ Ratschläge und Entwicklungsmodelle, die von außen an die AfrikanerInnen herangetragen wurden und werden. Eine linke Afrikapolitik muss diese unselige „Tradition“ überwinden: DIE LINKE erkennt an, dass die Verantwortung und Kompetenz zur Konzeption, Gestaltung und Umsetzung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen auf dem Kontinent bei den AfrikanerInnen selbst liegt. DIE LINKE kann aber durch den ernsthaften Dialog und durch solidarische Kooperation fortschrittliche Kräfte des Kontinents in ihrem Kampf unterstützen.

Ich freue mich sehr über Euer bzw. Ihr Interesse an diesem Papier. Rückmeldungen, Anregungen und Kritik sind erwünscht und sehr willkommen, denn Afrika wird uns Linke und auch mich persönlich weiter beschäftigen.

Mit solidarischen Grüßen,



Hüseyin-Kenan Aydın, DIE LINKE

# 1. Afrikapolitik im Wandel

## Vom „Krisenkontinent“ zum Ziel strategischer Interessen

Nicht nur Afrika selbst, auch die Afrikapolitik mächtiger internationaler Akteure unterliegt dem Wandel: Nachdem die afrikanischen Kolonien in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Unabhängigkeit entlassen wurden oder sich diese erkämpften, wurde der Kontinent zur Zeit der Blockkonfrontation zum Spielball geopolitischer Rivalitäten zwischen den Supermächten und ihren jeweiligen Verbündeten. Die formale Souveränität bedeutete für die meisten Staaten Afrikas noch keine Befreiung aus den engen, aber asymmetrischen Bindungen an die früheren Kolonialmächte. Der Ost-West-Konflikt und der Neo-Kolonialismus der ehemaligen europäischen Mächte – insbesondere Frankreichs – haben Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Kontinent nachhaltig geprägt: Die Übernahme der Kolonialsprachen als Amtssprachen, die Übernahme der kolonialen Verwaltungssysteme, die engen Politik- und Wirtschaftsbeziehungen an die Kolonialmächte sind nur die wichtigsten Beispiele. Auch die Orientierung in die jeweiligen politischen Lager des Ost-West-Konflikts prägt die Staaten Afrikas noch heute. Viele, wie zum Beispiel Angola, Mosambik oder Somalia leiden noch immer unter den Spätfolgen sogenannter „Stellvertreterkriege“.

Das Ende des Kalten Krieges bewirkte einen veränderten Blick des Westens auf Afrika: Mit hohen Erwartungen wurde die Überwindung der Apartheid in Südafrika sowie die Demokratie-Bewegungen beobachtet, die Ende der 1980er Jahre auf dem gesamten Kontinent die Einführung von Mehrparteiensystemen und von Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme von den jeweiligen Eliten einforderten. Trotzdem sank während 1990er Jahre die Bedeutung des Kontinents auf den strategischen Agenden der Großmächte rapide: Afrika schien zunehmend von den politischen Entwicklungen der Welt und der wirtschaftlichen Globalisierung abgekoppelt zu sein und blieb auf die Rolle des Liferanten billiger Ressourcen reduziert. Aufgrund der Stagnation der Demokratisierungsprozesse in den 1990er Jahren und aufgrund der Eskalation zahlreicher Kriege wurde der Kontinent fast ausschließlich als **Krisen- und Kriegskontinent** sowie als Empfänger westlicher Entwicklungshilfen wahrgenommen.

Diese Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahren geändert, und damit auch eine Neuausrichtung der Afrikapolitik westlicher Staaten und internationaler Organisationen bewirkt: Seit der Jahrtausendwende ist das Interesse an Afrika wieder deutlich gewachsen. **Der Kontinent entwickelt sich zum Schauplatz eines neuen Wettlaufs der Großmächte um Einflusszo-**

**nen:** Vor dem Hintergrund des rasanten Aufstiegs Chinas und der gestiegenen Nachfrage nach fossilen Energieträgern und Ressourcen weltweit ist es zur Verknappung und Verteuerung von Bodenschätzen gekommen. Die USA, die Europäische Union (EU) und viele ihrer Mitgliedstaaten, die aufsteigende Großmacht China sowie einige andere Schwellenländer wie z.B. Indien und Brasilien konkurrieren um Ressourcenzugriff und zunehmend um den Zugang zu afrikanischen Märkten.

Deutschland verfolgt zwar keine Afrikapolitik, die primär auf Sicherung mineralischer Rohstoffe zugeschnitten ist, wie dies bei den USA und China der Fall ist. Deutschland, dessen Kolonialgeschichte nach dem Ersten Weltkrieg endete, verfolgt auch keine vergleichbare neokoloniale Einflusspolitik wie v.a. Frankreich und Großbritannien. (Dies heißt nicht, dass sich Deutschland seiner Kolonialvergangenheit nicht stellen muss; s.u.) Großbritannien und besonders Frankreich versuchen bis heute – vor dem Hintergrund der wachsenden (nicht nur) chinesischen Konkurrenz wieder verstärkt – ihren Anspruch auf privilegierte bilaterale Beziehungen sowie ihre politische und wirtschaftliche Einflussnahme in den früheren Kolonien zu verteidigen.

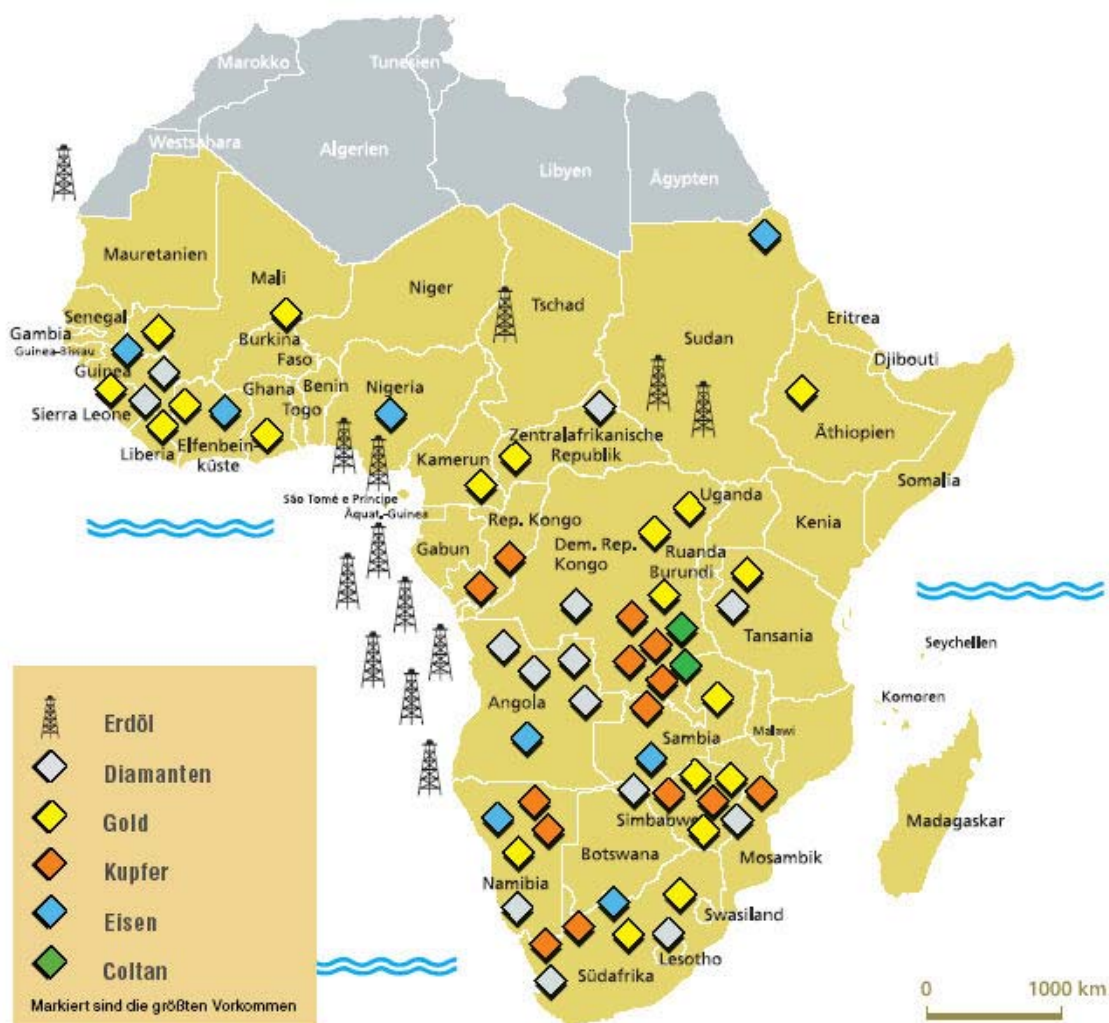
Doch auch **Deutschland verfolgt eigene Interessen in Afrika**. In den bilateralen deutsch-afrikanischen Beziehungen steht die Förderung deutscher Wirtschafts- und Politikinteressen – auch durch die Entwicklungszusammenarbeit – im Vordergrund. Im Vergleich zu anderen Regionen der Welt misst Deutschland Afrika südlich der Sahara aber eine eher geringe Bedeutung zu: Nur mit der Republik Südafrika bestehen Handelsbeziehungen, die auch für Deutschland eine nennenswerte wirtschaftliche Bedeutung haben. Noch im Jahr 2005 lag beispielsweise das deutsch-afrikanische Handelsvolumen unter dem deutsch-spanischen.

Wesentlich bedeutsamer und zunehmend klarer konturiert ist aber **Deutschlands Afrikapolitik im Rahmen der EU**: In den Feldern der Außenhandels- und Wirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik orientiert sich Deutschland in wachsendem Maße an den Zielvorgaben und Strategien der EU. In diesem multilateralen Rahmen beteiligt sich Deutschland allerdings zunehmend aktiver an der Ausgestaltung der neuen Afrikapolitik der EU: Dies war während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 deutlich zu beobachten, als Deutschland mit der Vorbereitung des EU-AU-Gipfels und der Mitgestaltung der politischen Agenda des Gipfeltreffes sowie der EU-AU-Strategie betraut war. Dort wurde klar, dass Deutschland die Afrikapolitik der EU nicht nur akzeptiert, sondern aktiv deren wirtschaftsliberaler Ausrichtung mit vorantreibt, die zunehmend aggressiv auf die Öffnung (nicht nur) afrikanischer Märkte für europäische – und damit auch deutsche – Konzerne und Unternehmen abzielt (siehe unten).

## Wirtschaftswachstum ohne Entwicklung

Afrikas Wirtschaftsleistung ist im letzten Jahrzehnt um durchschnittlich 5 % pro Jahr gewachsen, so dass der Kontinent zunehmend für Investitionen und als Absatzmarkt attraktiv wird. Doch das Wachstum ist wesentlich auf den globalen Ressourcenwettbewerb und stabile Rohstoffpreise zurückzuführen: Ausländische Direktinvestitionen konzentrieren sich in Afrika gegenwärtig zu 70 % im extraktiven Rohstoffsektor, d.h. im Bergbau sowie der Erdgas- und Erdölförderung. Vielerorts sind Enklavenökonomien entstanden, die sich auf die Rohstoff-Förderung und den schnellstmöglichen Export beschränken.

**Abb. 1: Afrikas Rohstoff-Reichtum (Afrika südlich der Sahara)**



Quelle: [http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft\\_br2005\\_karte8.asp](http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft_br2005_karte8.asp)

Eine wertschöpfende Weiterverarbeitung findet auf dem Kontinent selten statt, so dass von der Rohstoff-Förderung nur wenig Impulse auf andere örtliche Wirtschaftssektoren ausgehen. Die anschaulichsten Beispiele hierfür ist die Off-Shore-Öl- und Gasförderung in den sogenannten neuen Ölstaaten

im Golf von Guinea. Sie zeigen auch, dass sich an den Wirtschaftsstrukturen (fast) aller afrikanischer Staaten trotz der zuletzt hohen Rohstoff-Export-Erträge nichts oder nur wenig geändert hat. Mit der Ausrichtung Afrikas auf den Rohstoff-Export und dem Import industriell gefertigter Güter, von Dienstleistungen und Kapital **bleibt die strukturelle Abhängigkeit der Volkswirtschaften des Kontinents**. Auf dieser Grundlage ist kein nachhaltiges Wachstum möglich.

Der Rohstoffboom fördert zudem eine äußerst ungleichgewichtige und instabile Entwicklung – zwischen den Staaten Afrikas wie auch innerhalb der jeweiligen Gesellschaften. Einige Erdölexporture wie Angola oder der neue Ölstaat Äquatorialguinea wiesen in den letzten Jahren Wachstumsraten zwischen 10 und 20% auf, wohingegen die Wirtschaftsentwicklung anderer Staaten ohne Bodenschätze stagniert. Viele Staaten sind zudem von der „**holländischen Krankheit**“ betroffen, d.h. sie exportieren nur wenige verschiedene Rohstoffe, was sie noch anfälliger für Marktschwankungen macht. An vielen Orten, wo Bodenschätze gefunden oder vermutet werden, entstanden und entstehen aus der Kooperation (nicht nur) westlicher Staaten und Unternehmen mit afrikanischen Eliten **Rentenökonomien**, die nachweislich zu Entwicklungsblockaden und zur Zuspitzung sozio-ökonomischer Konflikte beigetragen haben.

## Kriege und Konflikte

An vielen Orten haben Rohstoffreichtum und Rohstoffinteressen sogar bewaffnete Konflikte und Kriege fortgeschrieben und verschärft: in den 1990er Jahren z.B. in Angola, Liberia und Sierra Leone. Einige Kriege u.a. im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo und in der angolanischen Exklave Cabinda dauern bis heute an. Die **Zahl der Kriege in Afrika** unterliegt seit Ende des Kalten Krieges starken Schwankungen und erreichte 2001 mit 14 Kriegen einen Höhepunkt. Nach einem vorläufigen Rückgang steigt die Kriegszahl seit 2004 wieder: 2006 fanden 10 Kriege statt.

Wesentlich häufiger sind periodisch wiederkehrende **gewaltsame Konflikte unterhalb des Kriegsniveaus**, in denen um die Kontrolle von Rohstoffen, (über-) lebenswichtigen Ressourcen wie Land und Wasser sowie um die Beteiligung an politischer Macht gekämpft wird: Niger, Tschad, die Zentralafrikanische Republik, Nigeria, Kenia sind nur wenige Beispiele von 2007 insgesamt 33 derartigen Konflikten, die von den westlichen Medien nur wenig beachtet werden.

Gemeinsam ist den Kriegen und bewaffneten Konflikten, dass sie einen grundlegenden Wandel durchlaufen haben: Die meisten Kriege und Konflikte finden innerhalb der Staaten statt und werden um die Eroberung der Regierungsmacht geführt. Zu Grunde liegen diesen Kriegen jedoch wachsende

sozio-ökonomische Konfliktpotenziale – z.B. der Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von politischer und ökonomischer Teilhabe. **Hintergrund und zugleich Folge der Konflikte sind Prozesse des „Staatszerfalls“**.: Politisch schwach legitimierte Eliten und „ausgehöhlte“ staatliche Strukturen sind nicht mehr in der Lage (und oft auch nicht willens), die Konflikte mit politischen Mitteln zu lösen. Viele der Konflikte sind dadurch gekennzeichnet, dass die Konfliktparteien – staatliche Armeen und Rebellenorganisationen – selbst militärisch schwach und degeneriert sind: Gezielte Übergriffe auf die Zivilbevölkerungen oft entlang „ethnischer“ Linien, Plünderungen und die Herausbildung von Kriegswirtschaften sind zu den Charakteristiken dieser Konflikte geworden.

Schätzungen zu den Opfern dieser Konflikte gehen weit auseinander, denn nur die wenigsten Menschen sterben in Folge direkter Kampfhandlungen sondern auf der Flucht, durch Hunger und Seuchen. Am stärksten betroffen sind Kinder und Frauen. Im Krieg in der DR Kongo sollen beispielsweise seit 1998 bis zu fünf Millionen Menschen umgekommen sein, davon über 90% ZivilistInnen. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen selbst „kleiner“ Konflikte sind verheerend: So wurden innerhalb der rund dreiwöchigen Kämpfe in Kenia zu Jahresbeginn 2008 mindestens 350.000 Menschen aus ihren Heimatregionen vertrieben. Viele haben Besitz, Arbeitsplatz und Lebensgrundlage verloren, und es ist noch nicht abzusehen, ob, wann und wie viele der kenianischen Flüchtlinge zurückkehren können. **Kriegerische Gewalt und bewaffnete Konflikte innerhalb der oft instabilen Staaten bleiben daher ein zentrales Entwicklungshindernis in Afrika.**

## **Sicherheits- und Militärpolitik im Wandel**

Die internationale Militär- und Sicherheitspolitik gegenüber Afrika hat sich in den letzten Jahrzehnten mehrmals grundlegend verändert: Während des Kalten Krieges folgte die internationale, und vor allem die westliche Militärpolitik der bipolaren Logik. Militärhilfen an alliierte Regierungen, Truppenstationierungen und (zumeist verdeckte) Militärinterventionen wurden geleistet und zahlreiche „Stellvertreterkriege“ finanziert. Das Ende der Blockkonfrontation leitete eine kurze Phase ein, in der über die UNO versucht wurde, einige der „Stellvertreterkriege“ zu beenden (z.B. Angola (erfolglos), Mosambik, die Überführung Namibias in die Unabhängigkeit etc.). Doch die Mittel der UNO erwiesen vor dem Hintergrund eines gewandelten Konfliktgeschehens, wie es z.B. in den innerstaatlichen Kriegen Westafrikas beobachtet werden konnte, als unzureichend. Nach dem **Scheitern zahlreicher Missionen der militärischen Krisenintervention unter Führung oder Mandat der UNO** – die bekanntesten Beispiele hierfür sind die UNO-Mission und der US-geführte Einsatz in Somalia sowie das Versagen der UNO in Ruanda 1994 - war noch Mitte der 1990er Jahre ein Rückzug der „internationalen Gemeinschaft“ vom Kontinent zu beobachten: Die Mitgliedstaaten der

UNO waren nicht mehr bereit, Truppen und finanzielle Unterstützung für militärische Interventionen in Afrikas unübersichtliche Kriege zu entsenden. Zugleich unterblieben aber auch systematische politische, zivile Initiativen der Konfliktbearbeitung und der Konfliktprävention.

**Abb. 2: Politische Konflikte in Afrika (südlich der Sahara)**



Quelle: [http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft\\_br2005\\_karte7.asp](http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft_br2005_karte7.asp)

Die Grafik basiert auf Angaben und Konfliktdefinitionen des Konfliktbarometers des Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) zum Konflikt- und Kriegsgeschehen 2005.

Parallel zur wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung Afrikas vollzieht sich seit Ende der 1990er Jahre erneut ein Wandel: **Kriege und Prozesse des Staatszerfalls werden zunehmend als regionale und internationale Sicherheitsrisiken aufgefasst, die auch westliche Interessen in der Region gefährden.** UNO-Kontingente wurden daher substanziell aufgestockt. Derzeit ist die UNO auf dem Kontinent mit über 55.000 Soldaten und Beobachtern in acht Missionen aktiv. Dabei wurden die Missionen nicht nur numerisch aufgestockt, sondern mit zunehmend umfassenderen Mandaten

und Aufgaben versehen. Neben friedenserhaltenden und -erzwingenden Maßnahmen nach Kapitel VII der UNO-Charta enthalten die Missionen oft umfassende Aufgabenkataloge zur Stabilisierung „schwacher Staaten“, die u.a. den Wiederaufbau von Sicherheitsapparaten und Institutionen von Staaten in Kriegs- und Krisenregionen beinhalten. Missionen wie z.B. die aktuell rund 20.000 Soldaten starke MONUC in der DR Kongo wären noch vor 15 Jahren undenkbar gewesen. In dem Zusammenhang ist eine verstärkte Einbeziehung der Afrikanischen Union (AU) in die Aufgaben der politischen und militärischen Kriseninterventionen zu beobachten (s.u.). Dies ist aber nur *eine* Dimension des sicherheitspolitischen Wandels:

Die weitaus problematischere Dimension dieses Wandels ist die Aufstockung bi- und multilateraler Militär- und Polizeimissionen (nicht nur) westlicher Staaten und Organisationen. Diese dienen „offiziell“ ebenfalls dem Anspruch, die Stabilisierung afrikanischer Staaten zu unterstützen. Vor allem im Fall des Engagements der USA sollen sie zudem zur Bekämpfung des „internationalen (islamischen) Terrorismus“ beitragen. Tatsächlich verfolgen **mächtige Akteure jedoch den Aufbau einer geostrategischen Präsenz auf dem Kontinent** und die Schaffung von langfristigen Verbindlichkeiten und Abhängigkeiten. Dies erfolgt über Militärkooperationen, die zum Teil an Ausrüstungsverträge gekoppelt sind, über Ausbildungsinitiativen oft mit Spezialeinheiten afrikanischer Polizei- und Militärapparate sowie über den Aufbau von militärischen Stützpunkten. Derartige bi- und multilaterale Initiativen erhalten zunehmend Gewicht in strategischen Planungen und Militärpolitiken mächtiger Akteure:

Am deutlichsten wird dies im Fall der USA, die seit den Anschlägen vom 11. September 2001 unter dem Etikett der Terrorbekämpfung ihre geostrategische Stellung auf dem Kontinent ausbauen. Derzeit suchen die USA nach einem zentralen Stützpunkt sowie für Regionalstützpunkte für ihr Afrikakommando (AFRICOM), das bestehende und künftige US-amerikanische Militärhilfen und -Ausbildungsprogramme koordinieren und durchführen soll. Chinesisches Militär ist u.a. im Sudan präsent. Auch die EU ist zunehmend als militärischer und sicherheitspolitischer Akteur auf dem Kontinent präsent: Sie hat mit der Intervention zur Absicherung der Wahlen in der DR Kongo 2006 bereits ihren zweiten groß angelegten militärischen Einsatz mit Bodentruppen in Afrika getestet (nach der Operation „Artemis“ von 2003, ebenfalls im Kongo). Seit Januar 2008 läuft die Stationierung einer neuen, 3.700 Soldaten umfassenden EUFOR-Mission in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik an.

Im Februar 2008 wurde zudem eine EU-Mission in Guinea-Bissau beschlossen, die die Entsendung von Militär- und Polizeiexperten zur Reform des Sicherheitssektors anstrebt. Im Fall von Guinea-Bissau stehen zudem Drogenbekämpfung sowie die Kontrolle von Migrationsbewegungen auf der EU-

Agenda. Diese Entwicklungen stehen im Kontext der im Dezember 2007 auf dem Gipfel von EU und AU vereinbarten „strategischen Partnerschaft“ (s.u.).

## Herausbildung einer neoliberalen EU-Afrikapolitik

Vor dem Hintergrund makro-ökonomischer Wachstumsraten in Afrika bilden Handelsinteressen zunehmend den Hauptschwerpunkt der europäischen Afrikapolitik. Die EU drängt seit dem Auslaufen der Lomé-Verträge im Jahr 2000 auf die afrikanischen Märkte. Das bereits auf Marktöffnung ausgerichteten Abkommen von Cotonou (2000) sah bis zum Jahresende 2007 den Abschluss sogenannter **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements; EPAs)** zwischen der EU und den 79 mit ihr assoziierten AKP-Staaten (Afrika Karibik Pazifik) vor. Die EPAs sollen als **umfassende Freihandelsabkommen** nicht nur den Handel mit Gütern, sondern auch den Handel mit Dienstleistungen, sowie öffentliche Ausschreibungen und geistige Eigentumsrechte liberalisieren.

Unter Ausübung starken politischen und ökonomischen Drucks gelang es der EU bis Ende 2007, mit 20 Staaten Afrikas Interimsabkommen (sog. IEPAs) abzuschließen, die Afrika für europäische Konzerne auf mittlere Sicht weiter öffnen sollen. Aufgrund des wachsenden Widerstands afrikanischer Regierungen und (afrikanischer und europäischer) zivilgesellschaftlicher Akteure zielt die Verhandlungsstrategie der EU zur Umsetzung der EPAs derzeit darauf ab, nicht länger mit regionalen und subregionalen Blöcken, sondern mit einzelnen Staaten zu verhandeln. DIE LINKE begrüßt den politischen Schulterchluss afrikanischer Staaten in ihrer Ablehnung der EPAs, der in Form einer AU-Resolution auf dem AU-Gipfel Ende Januar 2008 zu beobachten war. Es bleibt aber zu befürchten, dass die EU ihren Druck auf die „afrikanischen Partner“ weiter verstärkt.

Die EU ist nicht der einzige Akteur, der auf Afrikas Märkte drängt – die USA verfolgen im Rahmen ihrer 2000 gestarteten Freihandelsinitiative des African Growth and Opportunity Acts (AGOA) eine ähnliche Marktöffnungsstrategie. Auch die VR China strebt über Kreditvergaben und Investitionsprogramme den Zugriff auf Rohstoff-Vorkommen und Märkte an.

Der Wettlauf um Afrika findet daher auch auf dem diplomatischen Feld seinen Ausdruck. Als Reaktion auf zwei große chinesisch-afrikanische Staatsgipfel 2002 und 2006 hat die EU im **Dezember 2007 in Lissabon ihren eigenen EU-Afrika-Gipfel** veranstaltet. Dort wurde die **„Gemeinsame Strategie“** verabschiedet, die in Wirklichkeit unilateral aus den Konzepten des europäischen Rates hervorgegangen ist, und der eine jahrelange Vorbereitung vorausging. In dem inklusive aller Anhänge rund 90-seitigen Dokument finden sich die üblichen rhetorischen Nebelkerzen – z.B. die Betonung von „Partnerschaft“ und „Entwicklungsorientierung“ – früherer Erklärungen wieder. Zudem bleiben die Formulierungen der Strategie in zahlreichen

Punkten auf den ersten Blick ungenau. Dennoch dokumentiert das Strategiepapier, dass das zuvor oft unkoordinierte und teilweise konkurrierende Nebeneinander einzelstaatlicher und europäischer Wirtschafts-, Sicherheits- und Entwicklungspolitiken gegenüber Afrika zunehmend einer klaren politischen Linie weicht: Diese Linie folgt einer eindeutig neoliberalen politischen Stoßrichtung, denn die „gemeinsame Strategie“:

- orientiert sich primär an europäischen **Wirtschafts- und Handelsinteressen**, sowie am Interesse, Energiesicherheit für die EU zu gewährleisten. Ein zentraler Bestandteil der EU-AU-Strategie ist die **„Energiepartnerschaft“**. In diesem Rahmen setzt die EU neben der Förderung fossiler Brennstoffgewinnung verstärkt auf den Anbau von Agrar-Treibstoffen,
- steht in einem engen Zusammenhang mit der **aggressiven neuen EU-Außenhandelsstrategie Global Europe**, welche die Liberalisierung Öffnung dritter Märkte zur Förderung europäischer Exporte anstrebt;
- setzt im Einklang mit den Internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank sowie der Europäischen Investitionsbank (IEB) weiterhin auf **neoliberale Marktöffnungsstrategien**, welche die Unabhängigkeit afrikanischer Wirtschaftspolitiken untergräbt;
- reduziert die Forderung nach „guter Regierungsführung“ („good governance“) in den afrikanischen Staaten auf die **Förderung von Wahlen und die Schaffung marktfreundlicher politischer Strukturen**;
- reduziert Entwicklungspolitik auf die Abfederung der größten sozialen Härten (z.B. Sonderfonds für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten) und richtet die entwicklungspolitischen Instrumente zunehmend an neoliberalen Prämissen aus (so werden z.B. **Privatisierungsprogramme zum Bestandteil von Entwicklungszusammenarbeit** (EZ) erklärt);
- beschränkt sich im Fall multilateraler Kriseninterventionen trotz angeblicher Priorisierung von Instrumenten der zivilen Konfliktbearbeitung im Wesentlichen auf **kurzfristige und primär militärgestützte Interventionen**, die nicht dazu angelegt sind, zur Beseitigung struktureller Konfliktursachen beizutragen.

Keins der aufgezählten Elemente ist neu. **Neu ist aber die Zielstrebigkeit und Aggressivität, mit der die Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen vorangetrieben wird** – und welche die allgegenwärtigen Verweise auf „Partnerschaft“ und Entwicklung als bloße Rhetorik entlarvt. Neu ist auch die **systematische Verzahnung der verschiedenen Politikfelder und der dazu gehörigen politischen Strategien und Instrumente**. Zwar ist in der Vergangenheit von EntwicklungsexpertInnen und Entwicklungs-NGOs eine stärkere Kohärenz zwischen Entwicklungs-, Handels- und Agrarpolitik gefordert worden. Doch mit der aktuellen Strategie wird die bereits gängige Praxis der EU zum ausformulierten Programm, das die klare Unterordnung

der europäischen Entwicklungspolitik unter die außenwirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der EU und der europäischen Staaten bewirkt.

## 2. Unsere bisherige afrikapolitische Bilanz

DIE LINKE hat seit ihrem Einzug in den Bundestag immer wieder deutliche Kritik an der deutschen und europäischen Afrikapolitik geübt. Folgende Schwerpunkte lassen sich dabei zusammenfassen:

- Bereits der Koalitionsvertrag wurde von uns als Ausdruck der angestrebten Unterordnung der Entwicklungspolitik unter außenwirtschaftliche und geostrategische Interessen kritisiert. Mit Bezug auf Afrika haben wir jene entwicklungspolitischen Programme gestützt, die auf den Ausbau sozialstaatlicher Einrichtungen oder der Infrastruktur orientiert sind.
- Immer wieder haben wir betont, dass der **handelspolitische Liberalisierungsdruck die in einzelnen Bereichen der EZ erzielten Erfolge konterkariert**. Daher haben wir uns gegen die Doha-Runde der Welt handelsorganisation (WTO) engagiert. Zu unserem heutigen Engagement gehören Initiativen gegen die laufenden EPA-Verhandlungen.
- Zudem stellen wir uns gegen die sogenannten Reformprogrammen, die auf die Veräußerung des Staatsvermögens afrikanischer Länder an (internationale) Konzerne hinauslaufen, denn dies untergräbt jegliche Ansätze einer sozialstaatlich orientierten EZ. Zu verschiedenen Anlässen haben wir gegenüber der Regierung, dem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Vertretern deutscher Durchführungsorganisationen unsere Kritik an Privatisierungen von Infrastrukturen geübt. Vielfach handelt es sich um vormals marode (oder nicht existierende) Infrastrukturen, die erst mit öffentlichen EZ-Geldern aufgebaut oder instand gesetzt wurden.  
Unser **Widerstand gegen den Ausverkauf staatlichen Eigentums** und der Auslagerung öffentlicher Aufgaben in die Privatwirtschaft steht im Einklang mit sozialen Bewegungen vor Ort. Im Januar 2007 hat DIE LINKE in Kenia am Weltsozialforum teilgenommen, sich an Workshops beteiligt und mit örtlichen Aktiven Kontakte geknüpft.
- In dem Zusammenhang hat DIE LINKE in parlamentarischen Initiativen und außerparlamentarischen Anhörungen und Aktionen (z.B. im Rahmen von Alternativ-Veranstaltungen anlässlich des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm) wiederholt davor gewarnt, dass **mit den aktuellen Strategien und Instrumenten deutscher, europäischer und internationaler EZ die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) nicht zu erreichen** sind. Obwohl sich die Industriestaaten wiederholt zu den MDG bekannt haben, bleibt z.B. die stufenweise Erhöhung der Quote

von EZ-Leistungen auf 0,7% des Bruttonationaleinkommen bis 2015 wirt hinter den Zeitplan zurück, und Erhöhungen werden bislang im Wesentlichen durch Teilschuldenabrechnungen und Buchhaltertricks erreicht.

- DIE LINKE hat darauf hingewiesen, dass es sich bei den „Entschuldungsinitiativen“ bilateraler und multilateraler Kreditinstitutionen und Schuldner nicht um Entschuldungs- sondern um Teilentschuldungs- und Umschuldungsvereinbarungen handelt. Die tatsächliche Schuldenentlastung hochverschuldeter (nicht nur) afrikanischer Staaten bleibt weit hinter ihren Bedürfnissen zurück. Bis heute findet ein beträchtlicher Netto-Rückfluss von Zins- und Tilgungszahlungen an bi- und multilaterale Geber statt, und es werden neue Schulden vergeben. In dem Zusammenhang hat DIE LINKE einen Antrag zur **Streichung „illegitimer Schulden“** in den Bundestag eingebracht, und sie begleitet in den entwicklungspolitischen Gremien die laufende Diskussion.
- Im Bundestag und öffentlich – d.h. in Form von Stellungnahmen, Presseerklärungen und Veranstaltungen – nahm DIE LINKE exponiert Stellung zu zahlreichen innenpolitischen Krisen in Afrika – in den letzten Monaten z.B. zur Situation in Simbabwe, in der DR Kongo, im Tschad sowie in Kenia nach den Wahlen Ende 2007. Dabei hat **DIE LINKE versucht, nicht nur über Entwicklungen in Afrika zu diskutieren, sondern auch in Dialog mit zivilgesellschaftlichen Kräften des Kontinents zu treten**. Anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm (2007) nutzten wir die Gelegenheit, um mit potenziellen Bündnispartnern aus Afrika öffentlich zu diskutieren, so aus dem oppositionellen christlichen Spektrum Nigerias oder den kenianischen Gewerkschaften. Die Vertiefung von Kontakten zu Gewerkschaften und linken Kräften in Afrika, die in der deutschen „Entwicklungs-Community“ nur wenig Gehör finden, soll künftig weiter zum Schwerpunkt der LINKEN ausgebaut werden (s.u.).
- DIE LINKE hat die militärgestützten Krisenintervention Deutschlands und der EU in vielen Konflikten kritisiert (Darfur / Sudan, Tschad, Zentralafrikanische Republik, DR Kongo, Elfenbeinküste, Somalia / Äthiopien), da die Missionen die politischen Rahmenbedingungen der betroffenen Länder nicht ausreichend berücksichtigten und keine ursachen-orientierten Lösungsstrategien für die Konflikte beinhalteten: Die Interventionspraxis von EU und UNO, an der sich Deutschland zunehmend mit der Entsendung von Soldaten beteiligt (z.B. an EUFOR in der DR Kongo 2006, aktuell an UNMIS im Südsudan), weist – trotz gegenteiliger Rhetorik – eine „militärische Schieflage“ auf: DIE LINKE kritisierte wiederholt, dass **zivile Maßnahmen der Konfliktbearbeitung und der Gewaltprävention nach wie vor ein Schattendasein in der europäischen (und internationalen) Sicherheitspolitik fristen oder als Feigenblatt missbraucht werden**.
- Wir haben in Stellungnahmen und über eine Anhörung im entwicklungspolitischen Ausschuss die europäische **Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik** thematisiert und verurteilt. Seit die Mittelmeeranrainer

Nordafrikas ihre Grenzen mit EU-Unterstützung und logistischer und technischer Hilfe der europäischen Grenzschutzagentur „Frontex“ abschotten, riskieren immer mehr afrikanische Flüchtlinge den gefährlichen Weg über das offene Meer. Allein im Jahr 2006 sind nach offiziellen Angaben rund 6.000 Menschen auf der Flucht vor Westafrika ertrunken. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

- In verschiedenen Kontexten haben wir auf die **Situation und die Rolle von Frauen** aufmerksam gemacht, die überdurchschnittlich von politischen Krisen und gewaltsamen Konflikten betroffen sind: Frauen (und Kinder) stellen den mit Abstand höchsten Anteil der Opfer kriegerischer und politisch motivierter Gewalt – z.B. aufgrund von Vertreibung, geschlechtsspezifischer Gewalt (Vergewaltigung als „Waffe“ in ethnisierten Konflikten, Infizierung mit HIV usw.). Hinzu kommen Formen der Alltagsgewalt und verschiedene Formen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Benachteiligung. Zwar wird v.a. im EZ-Diskurs viel von Frauenförderung gesprochen, doch bleiben Frauen nach wie vor in der (formellen) Wirtschaft sowie in der Politik unterrepräsentiert.
- Mit dem Kampf um die Anerkennung des Völkermords an den Herero und Nama in Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, und der ausstehenden Wiedergutmachung haben wir ein Thema gesetzt, das die übrigen Parteien verschweigen oder umgehen wollen. Mit diesem „Tabubruch“ hat DIE LINKE in Kreisen von NGOs und Kirchen viel Respekt gewonnen, da (auch) durch unsere Initiativen dieses heikle, aber dringende Thema wieder in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert wird.

### 3. Themen einer zukünftigen LINKEN Afrikapolitik

Viele der oben skizzierten Themen werden auch in Zukunft in unserer Afrika- und entwicklungspolitischen Arbeit eine große Rolle spielen. Es gibt darüber hinaus eine Reihe von Politikfeldern und Themengebieten, auf denen wir künftig stärker aktiv werden und Akzente setzen. Neben einer vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung und der Fortsetzung unserer parlamentarischen Arbeit muss DIE LINKE künftig noch stärker darauf abzielen, ihre Initiativen in der entwicklungspolitischen „Community“ sowie der breiten Öffentlichkeit zu platzieren:

#### 1) Eine neue Wirtschaftspolitik für und mit Afrika

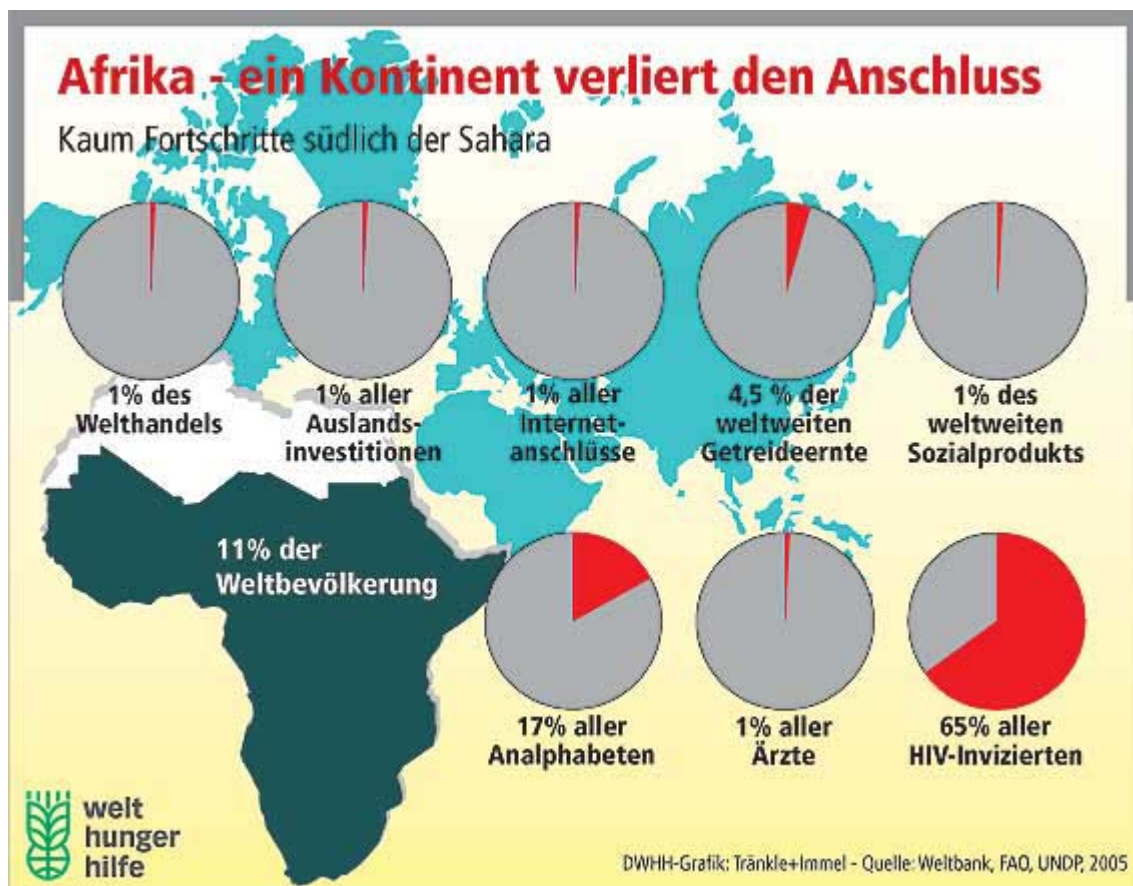
**Eine eigenständige, wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung benötigt eine wirtschaftliche Grundlage.** Davon ist Afrika derzeit weit entfernt, denn die propagierte Formel von Geberstaaten und Finanzinstitutionen, dass Liberalisierung zu Wachstum und Wachstum zu Entwicklung führt, hält keiner empirischen Untersuchung stand. Die Liberalisierungsstrategien, die den (nicht nur) afrikanischen Staaten aufgezwungen wurden und werden, führten fast überall zu massiver De-Industrialisierung und dem Verlust von Arbeitsplätzen im formellen Wirtschaftssektor. Zu dem Ergebnis kommen zahlreiche Studien von NGOs, der UNCTAD – und sogar die Weltbank hat im Wirtschaftsbericht für Afrika 2007 festgestellt, dass das Wirtschaftswachstum Afrikas keine nachhaltige Entwicklung ermöglicht. **Das auf Marktliberalisierung basierende Wachstum taugt nicht dazu, Afrika aus seiner strukturellen Abhängigkeit als Rohstoff-Lieferant der OECD-Staaten und anderer, aufstrebender Mächte zu befreien:** Nicht trotz, sondern wegen rigider neoliberaler Strukturanpassung hat sich Afrikas Anteil am Welthandel zwischen 1980 und 2006 von 6% auf 3% halbiert, und ExpertInnen erwarten, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt.

So lange diese strukturelle Abhängigkeit besteht, werden die wirtschaftlichen Erträge der meisten afrikanischen Staaten nicht ausreichen, um die Minimalziele der Millenniums-Entwicklungsziele – z.B. die Halbierung der extremen Armut bis 2015, die Garantie von Gesundheitsvorsorge und Grundbildung usw. – zu erreichen: In Afrika südlich der Sahara leben rund 321 Millionen Menschen in absoluter Armut. Nach Schätzungen des Welternährungsberichts der UNO von 2006 starben täglich 100.000 Menschen an

Hunger und den Folgen von Unterernährung; eine ungekannte Zahl von Menschen stirbt täglich an eigentlich heilbaren „Armutskrankheiten“, die oft auf verunreinigtes Trinkwasser zurückzuführen sind. Diese Liste ließe sich weiter ausführen.

**Diese Zahlen sind kein Zufall, sondern das Ergebnis kapitalistischer Weltwirtschaftsstrukturen.** Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitiken der OECD-Welt und ihrer Institutionen schreiben diese Strukturen und die marginale Rolle Afrikas in der Weltwirtschaft sowie „Unterentwicklung“ und Armut fest. Mit Blick auf die Opfer von Armut und Unterentwicklung muss das (Wirtschafts-) Verhältnis zwischen OECD-Welt und Afrika als ein Verhältnis struktureller Gewalt bezeichnet werden.

**Abb. 3: Ausgewählte Wirtschafts- und Sozialdaten Afrikas (Afrika südlich der Sahara)**



Quelle: [http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/afrika\\_verliert\\_anschluss\\_g.jpg](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/afrika_verliert_anschluss_g.jpg)

Die Wirtschaftspolitiken mächtiger AkteurInnen wie der EU – z.B. im Rahmen der EPAs und der Ende 2006 ausgearbeiteten Außenhandelsstrategie „Global Europe“ – machen es afrikanischen Staaten fast unmöglich, eigene entwicklungsorientierte Wirtschaftspolitiken umzusetzen. Sie konterkarieren zudem jede emazipatorische und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete EZ: Nach Berechnungen der NGO „Christian Aid“ sind den Volkswirtschaften Afrikas in

den letzten 20 Jahren durch Handels- und Wirtschaftsliberalisierung Verluste von insgesamt 272 Mrd. US-Dollar entstanden. Die UNCTAD (2003) errechnete, dass den Staaten Afrikas jährlich 700 Mrd. US-Dollar an Exporteinnahmen durch den Protektionismus der EU – in Form von (Agrar-) Subventionen, nicht-tariffären Handelshemmnissen und Schutzzöllen – verloren gehen. Im Vergleich zu diesen Zahlen ist die bi- und multilaterale EZ nach Afrika nur eine marginale „Restgröße“: 2004 wurden insgesamt rund 25,5 Mrd. US-Dollar EZ-anrechnungsfähige Leistungen nach Afrika transferiert.

**DIE LINKE muss die Rücknahme derartiger Entwicklungshemmnisse und struktureller Gewaltverhältnisse weiter einfordern.** Mittelfristig muss eine linke Afrikapolitik darüber hinausgehen: DIE LINKE unterstützt die Ausarbeitung neuer und die Weiterentwicklung bestehender Konzepte alternativer (linker) Wirtschaftspolitiken speziell für Afrika. Im Gegensatz zur gängigen Praxis in den Denkfabriken der OECD-Regierungen muss in diesem Prozess die Federführung bei afrikanischen ExpertInnen liegen, und es müssen afrikanische Expertise und Erfahrungen von der Graswurzelebene systematisch eingebunden werden.

## **2) Eine ökologisch und klimatisch nachhaltige Energiepolitik**

Afrika ist bereits heute von den Folgen des Klimawandels betroffen: Dies geht u.a. aus dem Bericht des UN-Weltklimarates von 2007 hervor: Steigende Temperaturen und rückläufige Regenfälle – v.a. in der ökologisch fragilen Sahelzone – verschärfen die Probleme von Wüstenbildung, sinkenden Agrarerträgen, Überweidung und Übernutzung der kleiner werdenden Nutzflächen und tragen so zu erhöhtem Armutsrisiko bei. UmweltmigrantInnen sind bereits Realität in vielen Staaten Afrikas. Selbst wenn es keine „reinen“ Umweltkonflikte gibt, sondern Konflikte um Zugang zu Land und Wasser politisch instrumentalisiert und angeheizt werden (z.B. als „ethnische“ Konflikte), so werden die Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel erheblich zur Verschärfung sozialer und politischer Spannungen beitragen.

EU und Bundesregierung betonen in Stellungnahmen und Strategiepapieren – u.a. in der „Gemeinsamen EU-Afrikastrategie – vor dem Hintergrund die enge Verzahnung von Maßnahmen der Entwicklungs-, Umwelt- und Klimapolitik, der Energie- und Sicherheitspolitik. Die Umsetzung der europäisch-afrikanischen Energiepartnerschaft soll eine nachhaltige Bewirtschaftung der Energieressourcen Afrikas ermöglichen und zugleich den EU-Interessen nach „Energiesicherheit“ Rechnung tragen. Dies soll auch mit Projekten gewährleistet werden, die über den EEF finanziert werden. **Tatsächlich verfolgen EU (und Deutschland) aber eine Energiepolitik, die weder partnerschaftlich, noch ökologisch noch entwicklungsfördernd ist:**

Neben der Förderung von Energiegewinnung aus fossilen Energien (Öl, Gas) und der geplanten Kooperation in der Kernenergie (!) setzt die EU auf den Anbau sog. **Agrar-Brennstoffe** oder Bio-Fuels (Brennstoffe, die aus Palmöl o.ä. ölhaltigen Pflanzen gewonnen werden), obwohl deren Klimabilanz schlecht ist. Damit setzt sich die EU über die Bedenken von ExpertInnen hinweg und ignoriert die negativen Erfahrungen, die mit dem Agrar-Brennstoff-Boom in Lateinamerika gemacht wurden:

Der Anbau von Nutzpflanzen für Agrar-Brennstoffe setzt eine industrielle Landwirtschaft mit riesigen Monokulturen voraus. Aus Lateinamerika wurde beobachtet, dass Nutzflächen oft illegal durch großflächige Brandrodung „gewonnen“ wurde – mit katastrophalen Folgen für Biodiversität und örtliche Ökosysteme. Zudem tragen Agrar-Brennstoffe zur Verdrängung von Subsistenz- und Exportlandwirtschaft und so zu Enpässen in der Lebensmittelversorgung und erheblichen Anstiegen der Nahrungsmittelpreise bei. Vielerorts hat die Gewinnung / Rodung von neuen Nutzflächen zur Vertreibung der Bevölkerung geführt. Trotzdem setzt die EU auf einen Ausbau des Anteils von Agrar-brennstoffen am Energieverbrauch. Auch aus Afrika soll künftig verstärkt „Bio-Energie“ importiert werden. Die Folgen für den Kontinent werden verheerend sein.

**Abb. 4: Folgen des Klimawandels für Afrika**



Quelle: [www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/klimawandel\\_afrika\\_grafik\\_2.jpg](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/klimawandel_afrika_grafik_2.jpg)

**DIE LINKE fordert eine grundsätzliche Neuausrichtung der EU-Energiepolitik und eine radikale Korrektur bei der Ausgestaltung der „Energiepartnerschaften“:** Bundesregierung und die EU fordern wir u.a. auf, bereits existierende Ausgleichsfonds und Finanzierungsinstrumente weiter zu entwickeln und auszuweiten, um Entwicklungsländern sowohl eine ökologisch nachhaltige Energiewende (s.u.) wie auch ökologisch und sozial verträgliche Anpassungsmaßnahmen zur Abfederung und Behebung bereits eingetretener Klimafolgen finanziell zu ermöglichen. Dabei sind finanzielle Maßnahmen allein nicht ausreichend.

DIE LINKE lehnt die Förderung von Kernenergie als Alternative zu fossilen Brennstoffen ab. Auch der Anbau von Agrarbrennstoffen in Afrika darf nicht länger direkt oder indirekt gefördert werden. Zwar hat die EU-Kommission angekündigt, den Ausbau von Agrarbrennstoffen zukünftig nicht mehr zu subventionieren und ein Zertifizierungssystem einzuführen, um Regenwaldrodungen zu verhindern. DIE LINKE verurteilt aber die bisherigen Zertifizierungskonzepte als ökologisch und sozial völlig unzureichend.

- **Energiepartnerschaft mit Afrika bedeutet aus Sicht der LINKEN:** Transfer von Technologien und Know-How um die weitgehend ungenutzten Potenziale von Solar- und Hydro-Energie (Wasserkraft) zu nutzen. Der Schwerpunkt muss auf der Förderung dezentraler, kommunaler Energieerzeugung und Energieversorgung auf der Grundlage regenerativer Energieträger liegen.
- Im Bereich der **Umwelt- und Klimapolitik** muss die EU – gemeinsam mit den afrikanischen Partnerstaaten und Zivilgesellschaften – ihre Anstrengungen zur Eindämmung der Wüstenbildung und zur Förderung ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft erheblich verstärken.
- Zudem müssen präventive, zivile Mechanismen der Konfliktbearbeitung (weiter-) entwickelt werden, um bestehende und künftige ökologisch bedingte Konfliktpotenziale zu entschärfen (s.u.).

### **3) Eine neue Entwicklungspolitik für soziale Sicherungssysteme und bessere Zukunftschancen**

Die Erhöhung von Qualität und Effektivität der EZ nimmt heute im entwicklungspolitischen Diskurs in Deutschland, in der EU und im Rahmen von G8 und OECD erheblichen Raum ein (vgl. u.a. die Pariser Erklärung von 2005 zur Effektivierung der EZ): Bilaterale und multilaterale Geber sowie Entwicklungs- und Finanzinstitutionen haben sich zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) und zur Erhöhung der EZ bekannt. Dabei wird von EntwicklungspolitikerInnen durchaus eingeräumt, dass bis zur Erreichung

der MDGs noch weitere Anstrengungen nötig sind. Nach eigener Einschätzung ihrer RegierungsvertreterInnen befinden sich die OECD-Staaten aber grundsätzlich auf dem „richtigen Weg“.

Doch die Realität sieht anders aus: Die Instrumente der EZ sind oft unzureichend – nicht nur in finanzieller Hinsicht. Auch die konzeptionelle Ausgestaltung der EZ geht regelmäßig an den Bedürfnissen vor Ort vorbei. **Zudem reicht die Akzeptanz von anti-staatlichen neoliberalen Wirtschafts- und Politikansätzen mittlerweile weit in den Mainstream der Entwicklungspolitik hinein.** Beispiele hierfür sind Programme – auch der deutschen EZ –, die auf die Kommerzialisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge abzielen, oder das von der EU derzeit propagierte Konzept der „Handelshilfe“ (Aid for Trade).

**DIE LINKE fordert daher nicht nur eine finanzielle Aufstockung und „Effektivierung“ der EZ, sondern eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungspolitik:** Entwicklungspolitik muss den Auf- und Ausbau leistungsfähiger Sozialsysteme in Entwicklungsländern (und die Unterstützung des Ausbaus von Sozialsystemen in Schwellenländern) zu ihrem zentralen Ziel erheben, denn fast 80% der Menschen weltweit leben in sozial unsicheren Verhältnissen. Gerade in Entwicklungsländern, und besonders in Afrika, sind Menschen, v.a. Frauen und Kinder, vom Teufelskreis „soziale Unsicherheit – Krankheit – Armut“ betroffen.

Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme ist nicht billig – aber finanzierbar, dies haben z.B. Studien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) belegt. Zudem ist Armut selbst (nicht nur) in Afrika ein erhebliches Wachstumshindernis für die Wirtschaft – die Investition in Sozialsysteme daher auch eine Investition für eine nachhaltige wirtschaftliche Grundlage der afrikanischen Staaten. Die dringlichsten Maßnahmen sind:

- die öffentliche Gewährleistung von Ressourcen wie **sauberem Trinkwasser und die öffentliche Bereitstellung der Abwasserentsorgung** sicherzustellen. DIE LINKE stellt sich gegen die Privatisierung von Wasser- und Energieversorgung, wie dies derzeit in der EZ propagiert und praktiziert wird.
- **den Ausbau öffentlich zugänglicher Gesundheitssysteme voranzutreiben:** Krankheit ist (nicht nur) in Afrika das höchste Armutsrisiko, für einzelne Menschen und für ganze Gesellschaften. Deutlich wird dies an Opferzahlen und sozialen Folgen, die z.B. durch HIV-Infektionen und Aids-Erkrankungen entstehen. Im südlichen Afrika sind heute durchschnittlich 16% der Bevölkerung HIV-positiv, so dass erhebliche wirtschaftliche Ausfälle, soziale Probleme (z.B. die Versorgung von Alten und Aidsweisen) zu erwarten sind.  
HIV / Aids ist nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs: Nach wie vor sterben in Afrika weit mehr Menschen an den Folgen von Malaria und an-

deren wenig beachteten Infektionskrankheiten. Vielen Infektionen könnte durch Impfung und Informationskampagnen vorgebeugt, und viele könnten mit adäquater Behandlung geheilt werden. Doch derzeit sind afrikanische Gesundheitssysteme damit überfordert. Sie sind durch mangelnde Finanzierung, marode Infrastrukturen, dramatischen Fachkräftemangel (der aufgrund von Abwanderung zunimmt) geschwächt. Die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte hat vielerorts zu einer Zwei-Klassen-Versorgung geführt.

**DIE LINKE setzt sich für die Stärkung einer staatlichen oder öffentlich zugänglichen medizinischen Grundversorgung und für Maßnahmen zur Umkehr des „Braindrains“ von Pflegepersonals und ÄrztInnen in Afrika ein.** International setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die örtliche Produktion von Medikamenten und der Export von (billigen) Generika nicht von westlichen Staaten, der WTO und der westlichen Pharmalobby unter Verweis auf das TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) verhindert wird, und dass bestehende Ausnahmeregelungen ausgeweitet werden. DIE LINKE fordert eine grundlegende Revision des TRIPS und die Herausnahme von Medikamenten aus dem Geltungsbereich des Abkommens.

- den **Ausbau eines öffentlichen Grund-, Sekundar- und Hochschulwesens** zu fördern: Mangelnde Bildung und Armut stehen in Afrika in enger Wechselbeziehung. Viele Millionen Kinder verlassen jährlich die Schule ohne Grundschulabschluss. Zudem ist die Qualität der Schulbildung oft unzureichend. Langfristige Investitionen in Infrastrukturen, Lehrgehälter, zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und Fortbildungsmaßnahmen sind unabdingbare Voraussetzung, wenn Verbesserungen erreicht werden sollen. Nach Schätzungen der UNESCO müssten in Afrika bis 2015 zusätzlich 1,6 Millionen LehrerInnen eingestellt werden, um eine ausreichende Grundschulbildung zu gewährleisten. DIE LINKE setzt sich für die Verbesserung des öffentlichen Bildungswesen in Afrika ein, denn auch hier handelt es sich um Investitionen in die Zukunft.

Steigerung der EZ-Qualität bedeutet, dass eine bessere Vermittlung von Erfahrungen (z.B. beim Aufbau von Institutionen), ein **Transfer von Technologien und notwendiger Expertise** an örtliche ExpertInnen und Arbeitskräfte stattfindet. DIE LINKE bemisst EZ-Qualität daran, ob sie mittel- und langfristig den Empfängerstaaten eine eigenständige, sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung ermöglicht.

#### **4) Stärkung staatlicher Institutionen und Strukturen**

Damit Afrika sich entwickeln kann, bedarf es einer Stärkung und Reform staatlicher Institutionen. Denn Entwicklung braucht Strukturen, die Initiativen umsetzen können und einen stabilen sozialen wie rechtlichen Rahmen

bieten. In ihrer jetzigen Verfassung sind nur wenige Staaten Afrikas in der Lage, diese Funktionen wahrzunehmen. Staatliche Institutionen in Afrika waren bedingt durch den Kolonialismus schwach ausgeprägt: Sie beschränkten sich in ihren Funktionen auf den Ressourcenabbau und die Unterdrückung örtlicher Bevölkerungen. Auch geografisch ging die Reichweite ihrer Institutionen nur selten über wirtschaftliche Zentren hinaus.

Trotzdem *verloren* die meisten Staaten in den letzten Jahrzehnten sogar noch dramatisch an Leistungsfähigkeit. Maßgeblich zeichnen die von Geberstaaten und -Institutionen diktierten Maßnahmen der Privatisierung, der institutionellen Ausdünnung und des Bürokratieabbaus für die Schwächung ihrer staatlichen Funktionen für die fortschreitende Aushöhlung der Staaten verantwortlich. Hinzu kommen gewaltsame Konflikte und Kriege, Misswirtschaft und systemische Korruption, von der afrikanische Eliten und externe wirtschaftliche Akteure zu Lasten der örtlichen Institutionen und der Bevölkerungen profitieren. So gelten bei liberalen US-amerikanischen Denkfabriken 18 Staaten Afrikas als „extrem schwach“, acht als „im Scheitern begriffen“ oder „gescheitert“. Kritische ExpertInnen siedeln die Zahl „schwacher Staaten“ noch höher an.

Seit den 1990er Jahren werden daher in Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik des Westens „gute Regierungsführung“ (Good Governance), „Eigenverantwortlichkeit“ (Ownership) und Kapazitätsaufbau (Capacity Building) propagiert und in konkreten Strategien angewendet: Ein Beispiel sind die „Armutreduzierungsstrategie-Papiere“ (PRSP), die von den Empfängerstaaten erarbeitet, von Entwicklungs- und Kreditinstitutionen aber evaluiert werden. Doch der Kurswechsel ist nur rhetorisch: So dürfen z.B. die PRSP die fiskalische Stabilität der Haushalte nicht „belasten“, und die wirtschaftlichen Stabilitätskriterien der Kreditinstitutionen orientieren sich an den gleichen neoliberalen Kriterien, wie in den 1980er Jahren.

**DIE LINKE lehnt die neoliberalen, euro-amerika-zentrischen Konzepte von „Good Governance“ ab, die in der Praxis darauf abzielen, wirtschaftsliberale Marktordnungen weltweit durchzusetzen.** DIE LINKE kritisiert, dass „Good Governance“ explizit mit der Einrichtung westlicher repräsentativer Demokratie Modelle gleichgesetzt wird, und dass andere Ansätze politischer und gesellschaftlicher Partizipation pauschal als „undemokratisch“ abqualifiziert werden. „Good Governance“ und „Stabilitätsförderung“ darf sich nicht auf die Sicherung von Eliten und ihrer Interessen beschränken. Statt dessen zielt eine LINKE Institutionenförderung dahin, den Aufbau leistungsfähiger, politisch legitimer und stabiler und den Bevölkerungen rechenschaftspflichtiger staatlicher Strukturen zu fördern. Der Aufbau solcher Strukturen und Institutionen kann nicht nach vorgefertigten westlichen Rezepten funktionieren, sondern die politische Ausgestaltung

- muss die politischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen, die historischen Entwicklungen und Erfahrungen der jeweiligen Staaten und Gesellschaften berücksichtigen. Demokratie lässt sich nicht an der Häufigkeit von Wahlen messen. **Demokratie muss danach beurteilt werden, ob tatsächliche Partizipationsmöglichkeiten für alle gesellschaftlichen Gruppen bestehen** (siehe auch Punkt 5).
- kann nur durch die Partnerregierungen und -gesellschaften erfolgen: EZ kann und darf nur beratend und unterstützend einwirken, **die Entwicklung von Reformprogrammen und deren Umsetzung muss in der Verantwortung der örtlichen Kräfte liegen;**
- Einflussnahme durch westliche Geberorganisationen und -Staaten darf nur in grundlegenden Fragen erfolgen: **Individuelle Menschen- und politische Bürgerrechte und grundlegende Sozialstandards müssen garantiert** werden usw. Die Förderung von Reformprojekten darf darüber hinaus keine politischen und erst recht keine ökonomischen Vorbedingungen – wie z.B. die Knüpfung von Hilfstransfers an die Durchführung von neoliberalen Wirtschafts- und Institutionenreformen, Marktöffnungs- und Liberalisierungsstrategien - enthalten.

Industriestaaten und Finanzinstitutionen stehen in der politischen Verantwortung, durch die Schaffung wirtschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für den Aufbau staatlicher Institutionen in Afrika (im Süden überhaupt) zu schaffen: Dazu gehören u.a. umfassende Entschuldung, die Korrektur der Handelsbedingungen, die gezielte Förderung der Rekommunalisierung von Sozialleistungen (siehe oben).

## **5) Demokratisierung zu fördern bedeutet, gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.**

Stabile und transparente staatliche Strukturen sind wichtige Garanten der Demokratisierung. Demokratie benötigt zugleich die freie Entfaltung einer politisch einflussfähigen Zivilgesellschaft, die eine Kontrollfunktion ausüben und ein Gegengewicht zu autoritären Tendenzen im Staatsapparat oder einflussreicher Eliten darstellt. Die Befreiung von der kolonialen Herrschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der Sieg über das Apartheids-Regime in Südafrika und die zahlreichen Bewegungen, die in allen afrikanischen Staaten bis in die Gegenwart demokratische Beteiligung, ökonomische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe (an öffentlichen Gütern, an den „Früchten“ des Wirtschaftswachstum etc.) einfordern, sind nur die wichtigsten Belege für zivilgesellschaftliches Engagement in Afrika, das regelmäßig mit äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen konfrontiert ist.

Der Westen hat seit den 1990er Jahren die Einführung von Mehrparteiensystemen, die regelmäßige Abhaltung von Wahlen nach westlich-liberalem Vor-

bild forciert – und oft zur Voraussetzung für Hilfen gemacht. Dies ist keineswegs ausreichend: Trotz formaler Demokratisierung weisen viele Staaten erhebliche Demokratiedefizite auf: 33 Staaten des sub-saharischen Afrikas gelten als Demokratien, davon sind nur 13 von ihnen „stabile“ Demokratien ohne Defizite. Die Demokratisierungswelle, die Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre durch Afrika rollte, droht zu versanden. Die politische Situation vor, während und nach formal demokratischen Wahlen in der DR Kongo 2006, in Nigeria (2007), Kenia (Dezember 2007) und Simbabwe (2008) sind nur die bekanntesten Beispiele für systematische Wahlmanipulationen, für Repressionen gegen Presse und „unliebsame“ zivilgesellschaftliche Organisationen und Oppositionelle.

### **DIE LINKE will zur Förderung „wirklicher“ Demokratisierung in Afrika beitragen und setzt dabei auf zwei Ebenen an:**

- **Staatliche Ebene:** Auf dieser Ebene werden unabhängige staatliche Institutionen gefördert, welche die Grundrechte der Bevölkerung garantieren können. Nur starke und unabhängige staatliche Institutionen sind zudem in der Lage, Manipulationen von Wahlen oder die Unterdrückung politischer Freiheiten durch regierende Eliten zu verfolgen und zu ahnden.
- **Zivilgesellschaftliche Ebene:** Demokratisierung muss von „unten“ ansetzen: Das bedeutet, dass für DIE LINKE nicht primär die Förderung von Wahlen, sondern die Förderung gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten im Vordergrund steht: DIE LINKE setzt sich für Mitspracherechte der Bevölkerung und zivilgesellschaftlicher Interessensgruppen auf kommunaler Ebene ein; sie setzt sich für die Gewährleistung gleicher Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsprozessen und für den Schutz von Minderheiten ein. Ein Schwerpunkt für DIE LINKE liegt auf der Unterstützung linker bzw. *progressiver* politischer Kräfte in Zivilgesellschaft, Interessensgruppen (z.B. Gewerkschaften) und Parteien.

## **6) Sicherung von Frauenrechten und Verwirklichung der Gleichstellung**

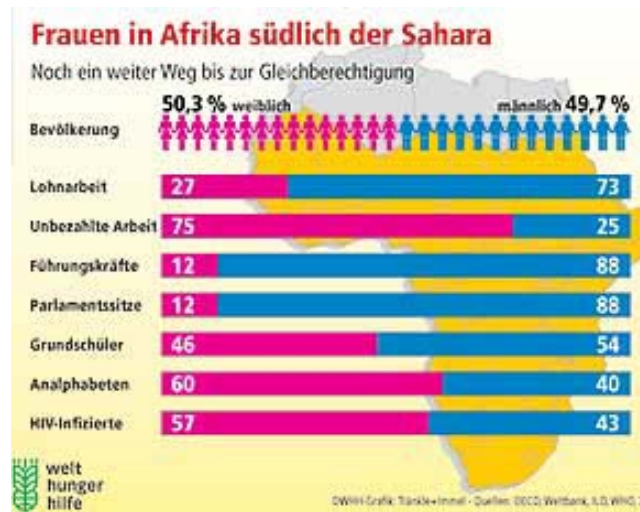
Auf den entwicklungspolitischen Agenden von Geberstaaten und –Institutionen nimmt die Verbesserung der Lage von Frauen einen wichtigen Stellenwert ein – u.a. wurde die politische, ökonomische und soziale Gleichstellung der Frau zu einem der Millenniums-Entwicklungsziele (2000) erhoben, und dieses Ziel wurde auf der „Peking +10 Konferenz“ (2005) bekräftigt. Eine Vielzahl von Projekten staatlicher und nicht-staatlicher Entwicklungsorganisationen existieren und haben örtliche Verbesserungen bewirkt.

Dennoch bleibt die Situation von Frauen in Afrika unsicher. Dies ist auch ein Ergebnis der neoliberalen Politik. **Die Rolle der Weltbank und anderer**

**Institutionen ist dabei von Doppelmoral gekennzeichnet:** einerseits schreiben sich Geberinstitutionen gern Frauenförderung auf die Fahnen und finanzieren örtliche Frauenprojekte z.T. sogar bevorzugt. Andererseits setzen sie durch Liberalisierungspolitik, durch die Zerstörung sozialer Sicherungssysteme und öffentlicher Leistungen *strukturelle Rahmenbedingungen*, die die Ergebnisse lokaler Projekte konterkarieren, und die (arme) Frauen (und Kinder) besonders hart treffen.

- **Frauen sind in Parlamenten und Regierungen stark unterrepräsentiert.** Dies gilt auch für die gehobene Verwaltung, das Justizwesen sowie für Leitungspositionen in der formellen Wirtschaft Afrikas.
- Bis heute sind Frauen (und Kinder) **überproportional von politischer Gewalt betroffen** – an vielen Kriegsschauplätzen (u.a. aktuell im Osten der DR Kongo) wird sexuelle Gewalt als Waffe eingesetzt. Auch unter „indirekten“ Kriegssopfern, d.h. Opfern von Vertreibung, Hunger und Krankheiten ist die Mehrheit weiblich. **Zudem sind Frauen Opfer häuslicher, krimineller und „kultureller“, geschlechtsspezifischer Gewalt** wie z.B. Beschneidungen. Frauen sind oft in doppelter Hinsicht Gewaltopfer: Vielerorts ist z.B. sexuelle Gewalt bis heute Tabuthema, und betroffene Frauen werden gesellschaftlich stigmatisiert.
- Im EZ-Diskurs wird der Beitrag von Frauen an der Gesamtwirtschaftsleistung hervorgehoben. **Tatsächlich hat sich die ökonomische Situation von Frauen durch forcierte neoliberale Maßnahmen aber verschlechtert:** Frauen sind überproportional von Armut und ökonomischer Abhängigkeit (z.B. von ihren Männern und Familien) betroffen, denn sie arbeiten noch überwiegend in der Subsistenzwirtschaft (dort arbeiten fast ausschließlich Frauen – und Kinder) sowie im informellen Sektor unter prekären Bedingungen.  
Im formellen Sektor finden sie zwar verstärkt in sogenannten Sonderwirtschaftszonen Arbeit, doch Löhne und Arbeitsbedingungen sind oft skandalös. Hier werden Frauen zudem als Lohndrückerinnen eingestellt. Auch die Sonderwirtschaftszonen haben den Prozess der De-Industrialisierung und den Netto-Arbeitsplatzverlust im formellen Sektor bis heute nicht ausgeglichen. Durch den Einbruch des formellen Arbeitsmarkts drängen verstärkt Männer in die informellen Wirtschaftsbereiche. Dieser doppelte Verdrängungsmechanismus hat für Familien (Haushalte) erhebliche Einkommensverluste zur Konsequenz.
- **Mädchen haben strukturell schlechtere Bildungschancen.** Zwar haben sich Einschulungsquoten von Mädchen und Jungen in den letzten Jahren etwas angeglichen. Doch die – von Gebern erzwungene – Kommerzialisierung des Bildungswesens und das Erheben von Schulgebühren droht die Erfolge zunichte zu machen: Wenn arme Familien nur einen Teil ihrer Kinder zur Schule schicken können, entscheiden sie sich zu meist für den Jungen. Auch sagen Einschulungsquoten noch wenig über tatsächliche Schulbesuche aus.

Abb. 5: Frauen in Afrika südlich der Sahara



Quelle:

[http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/frauen\\_afrika.jpg](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/frauen_afrika.jpg)

**DIE LINKE setzt sich für eine umfassende Gleichstellung der Frauen (nicht nur) in Afrika ein.** Bis dahin ist es ein langer Weg: Unmittelbar setzen wir uns für den Ausbau von Projekten ein, die für Frauenrechte kämpfen, die Frauen Schutz in Krisen- und Kriegssituationen sowie vor häuslicher Gewalt bieten, Aufklärungsarbeit leisten (z.B. Kampagnen gegen Beschneidung in Westafrika, progressive Aufklärungsarbeit zum Thema sexuelle Gewalt etc.). Wir setzen uns für die Umsetzung der Schulpflicht von Mädchen und deren besondere Förderung ein. Derartige Projekte sind wichtig und müssen gestärkt werden.

DIE LINKE geht darüber hinaus: Gleichstellung heißt, dass für Frauen und Männer gleiche Zugangsbedingungen zu wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Teilhabe geschaffen werden müssen – weltweit. Dies steht in Zusammenhang mit einer sozialen Wirtschaftspolitik. **(Nicht nur) in Afrika ist notwendig, einen Wandel gesellschaftlicher Einstellungen und Rollenzuschreibungen zu erreichen.** DIE LINKE unterstützt daher progressive Ansätze zur Überwindung „traditioneller“ Rollenzuschreibungen.

## 7) Förderung regionaler Integration

Vor allem kleinere, wirtschaftlich schwächere Staaten Afrikas werden auf sich allein gestellt die Herausforderungen der Globalisierung nicht bestehen. Die aus der Kolonialzeit übernommene willkürliche Grenzziehung stellt bis heute ein schweres Hindernis für die Entwicklung der einzelnen Staaten dar.

Unterschiedliche Zollsyste­me, Währungen, Handelsnormen, sowie die Korruption an den Grenzen erschweren grenzüberschreitende wirtschaftliche und soziale Beziehungen. Außerdem tragen die kolonialen Grenzziehungen bis heute zur ethnischen Aufladung sozialer Konfliktstoffe bei. Die Überwindung dieser Grenzen – d.h. ausdrücklich keine (militärische) „Korrektur“ – durch regionale Integration ist daher nötig: Dies umfasst v.a. die Erleichterung von grenzüberschreitendem Handel, die Integration regionaler Märkte, die Freizügigkeit der AfrikanerInnen und, last but not least, eine vertiefte politische regionale Kooperation.

Im letzten Jahrzehnt wurden in Afrika ehrgeizige regionale und – mit der Unterzeichnung der Gründungsakte der Afrikanischen Union im Jahr 2000 – kontinentale Integrationsbemühungen vorangetrieben. Zunächst als „Papier­tieger“ belächelt konnte die AU schon 2002 ihre Arbeit aufnehmen. Sie ist trotz ihrer Defizite zu einem relevanten politischem Akteur auf dem Kontinent geworden, besonders bei der Vermittlung in Konflikten zwischen und innerhalb afrikanischer Staaten. Zahlreiche Regionalorganisationen, die ECOWAS in Westafrika, die SADC im südlichen Afrika, die ECA in Ostafrika usw., die zum Teil seit der Unabhängigkeit auf dem Papier bestanden, haben in den letzten 10-15 Jahren wieder politische Dynamik entfaltet.

In der Rhetorik der EU-Afrikapolitik werden diese Integrationsbemühungen begrüßt und der westliche Beitrag zu ihrem Aufbau wird geradezu inflationär hervorgehoben. Doch es klafft eine erhebliche Lücke zwischen Anspruch und Realität. Tatsächlich hat die EU während der EPA-Verhandlungen im Jahr 2007 über eine Politik des Teile-und-herrsche die innere Zerrissenheit der afrikanischen Regionen massiv befördert. Überdies mangelt es den Institutionen der AU, der SADC und ECOWAS etc. an finanziellen Mitteln und oft an Expertise, um zu handlungsfähigen Organisationsstrukturen zu kommen. DIE LINKE befürwortet eine Stärkung regionaler Integrationsbestrebungen und setzt sich politisch für die folgenden Maßnahmen ein:

- Es bedarf der **finanziellen und politischen Unterstützung von Maßnahmen der Kapazitätsbildung** (z.B. Aufbau von Infrastrukturen und administrativen Kapazitäten), die tatsächlich am Ausbau handlungsfähiger Regionalstrukturen ansetzen.
- Es bedarf der **Bereitstellung von Expertise und Beratung**. Dabei müssen Geberstaaten und –institutionen von einer *direkten* politischen Einflussnahme (z.B. durch konditionalisierte Hilfen) auf die konkrete Ausgestaltung der regionalen Strukturen oder sogar der Vorgabe eigener Modelle unbedingt absehen.
- **Die Unterstützung von Maßnahmen zur Erhöhung der politischen Legitimität, der Transparenz und der Beseitigung von Demokratiedefiziten**. Wichtig ist, dass DIE LINKE dabei *indirekt* auf die entstehenden Strukturen einwirkt. Sie kann und darf nur lokale Kräfte unter-

stützten, die sich diesen Zielen verpflichten, denn Veränderungen müssen – wie auch bei der innerstaatlichen Demokratisierung (s.o.) – aus den Organisationen selbst wachsen.

- Wenn es der EU Ernst mit der Unterstützung Afrikas ist, muss sie sich dafür einsetzen, dass die **AU im Ständigen Sicherheitsrat der UNO vertreten ist**. Zur Aufwertung der AU gehört auch die Einrichtung einer ständigen europäischen Vertretung im AU-Hauptquartier in Addis Abeba.

## 8) Die Stärkung der AU auch in der Friedens- und Sicherheitspolitik

Von der AU erhofften sich die Staaten Afrikas eine Steigerung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit, insbesondere in der Frage der Krisenintervention und Konfliktbearbeitung. Mit der AU soll erstens die UNO entlastet werden, die zurzeit mit 55.000 Blauhelmen, Polizeikräften und Beobachtern in sechs Ländern instabile Waffenstillstände und Friedensabkommen überwacht. Zweitens soll die AU eine größere Unabhängigkeit von der UNO erreichen, da diese regelmäßig vor dem Dilemma steht, dass ihre Missionen entweder durch widersprüchliche, z.T. geopolitisch motivierte Einzelinteressen der mächtigen UNO-Mitglieder geprägt sind, oder dass sie aufgrund des mangelnden Interesses dieser Staaten nicht die erforderlichen Ressourcen und den politischen Willen für eine ursachenorientierte Konfliktbearbeitung aufbringt bzw. aufbringen kann. Eine Stärkung der AU ermöglicht zudem eine bessere Nutzung regionaler Expertise sowie Erfahrungen bei der Konfliktbearbeitung.

Auch die EU-Strategie für Afrika bezeichnet die Konfliktverhinderung und Konfliktschlichtung zur Friedenswahrung als zukünftige Hauptaufgabe. Der Errichtung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas (APSA), der darin enthaltenen Einrichtung der afrikanischen Eingreif- und Bereitschaftstruppe (ASF) sowie der Afrikanischen Friedensfazilität (AFF) misst die EU eine zentrale Rolle zu. **Doch der Anspruch auf Friedenspolitik bleibt ein Lippenbekenntnis, denn im Rahmen der APSA-Initiativen legt die EU ihren Schwerpunkt auf den Aufbau militärischer Elemente.**

DIE LINKE begrüßt grundsätzlich die bekundete Stärkung der sicherheitspolitischen Eigenverantwortung Afrikas – *unter bestimmten Voraussetzungen* (s.u.) auch den Aufbau afrikanischer Krisenreaktionskräfte. Dies darf jedoch nicht auf eine vorbehaltlose militärische Aufrüstung der AU und ihrer Regionalorganisationen hinauslaufen. **DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuausrichtung der derzeitigen EU-Politik, die Friedenspolitik mit militärischer Krisenintervention gleichsetzt.**

- **Friedens- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der AU muss auf dem Grundsatz des Antimilitarismus aufbauen:** Der klare Vorrang ziviler und präventiver Ansätze der Friedenspolitik und der Konfliktbearbeitung ist Voraussetzung jeder Zusammenarbeit. Die unbedingte Achtung des Völkerrechts nach der UN-Charta, die Einhaltung der Menschenrechte und die Gewährleistung der Souveränität der Staaten gegen militärische Aggression sind die Grundprinzipien, die dem Dialog zugrunde liegen müssen.
- **Wirksame Friedenspolitik in und für Afrika muss bei der Prävention ansetzen:** Betätigungsfelder sind z.B. die Entwicklung von Frühwarn- und Konfliktbearbeitungssystemen für die aufgrund der Klimaveränderung (Wüstenbildung und -ausbreitung, Verknappung von Wasser usw.) erwartete Zunahme und Verschärfung von Verteilungskonflikten zwischen und innerhalb afrikanischer Staaten. Maßnahmen der Konfliktbearbeitung müssen in ein umfassendes friedenspolitisches Konzept eingebettet sein, das Strategien in der Umwelt-, der Entwicklungs- und Sozialpolitik wie der Wirtschaftspolitik umfasst.
- **Die Förderung nicht-militärischer Instrumente der Konfliktbearbeitung muss forciert werden,** denn derzeit fließen nur rund 10% der EU-Hilfen für die APSA in den Aufbau von Instrumenten von Frühwarnsystemen und der zivilen Konfliktbearbeitung. Die Weiterentwicklung sog. „Early Action“-Konzepte, die eine frühzeitige, politische Einflussnahme zur Konfliktdeeskalation ermöglichen, muss wesentlich stärker gefördert werden.
- **Zudem ist auf eine strikte Trennung zwischen Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe sowie Militärpolitik zu achten.** DIE LINKE wird sich weiterhin dafür stark machen, dass die AFF nicht aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) bezahlt wird.

DIE LINKE erkennt aber auch an, dass Staaten und Gesellschaften Afrikas sowohl von internen wie auch von grenzüberschreitender Gewalt bedroht sind (siehe auch den Absatz zu Krieg und Konflikt). Sicherheit kann nur aus betroffenen Staaten und Gesellschaften selbst erwachsen. Doch verfügen gerade die am schwersten von Gewalt betroffenen „schwachen Staaten“ nicht über die notwendigen polizeilichen und militärischen Kapazitäten, um die Bevölkerung vor „Warlords“, bewaffneten Banden usw. zu schützen. Der Aufbau von professionellen Polizei- und auch Militärkräften zur *Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols* sowie zum Schutz der Bevölkerung von grenzüberschreitenden Angriffen ist daher notwendig.

**DIE LINKE ist sich bewusst, dass die Sicherheitskräfte oft selbst Teil des Problems sind,** nicht nur in Kriegssituationen (wie z.B. im Sudan), sondern auch in Nachkriegsphasen (z.B. in der DR Kongo, in Liberia usw.), wo schlechte ausgebildete und politisierte Gewaltapparate für Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich sind. Die seit einigen Jahren anstei-

genden *bilateralen* Polizei- und Militärhilfen, die v.a. im Fall der USA unter dem Etikett des „Kriegs gegen den Terror“ geleistet werden (siehe Abschnitt 1), lehnen wir grundsätzlich ab. Denn nicht die Verbesserung der örtlichen Lage, sondern geopolitische Interessen stehen dabei im Vordergrund, und dies resultiert darin, dass auch korrupte und menschenverachtende Regime Hilfen erhalten. **DIE LINKE fordert in dem Zusammenhang eine *politisch sensible* Unterstützung von Sicherheitssektorreformen (SSR) im Rahmen der AU, und mit Unterstützung von EU und UNO an strenge Voraussetzungen geknüpft wird:**

- Programme zum Aufbau afrikanischer Krisenreaktionskräfte müssen von der bilateralen Ebene auf die Ebene der AU und der Regionalorganisationen übertragen werden, denn der Aufbau von professionellen und verantwortlichen Sicherheitsapparaten darf nur im multilateralen Rahmen erfolgen – dies gilt für Geber- wie Empfängerstaaten und Organisationen. Voraussetzung ist, dass der Schwerpunkt eindeutig auf nicht-militärische Programme gelegt wird. Waffensysteme, Munition und andere „lethale“ Ausrüstungsgüter dürfen auf keinen Fall ausgeliefert werden.
- Programme zum Aufbau oder zur Reform von Polizeiapparaten (nicht nur) in Nachkriegsstaaten müssen an strikte Voraussetzungen geknüpft sein, um den Missbrauch durch Eliten auszuschließen: verbindliche Erklärungen zur Achtung der Menschenrechte durch Empfängerstaaten ein, eine Gewährleistung parlamentarischer Kontrollrechte über die Sicherheitsapparate muss nachweisbar sein, den parallelen Aufbau von Justizsystemen etc.
- Auch für Polizeihilfen gilt, dass keine Ausstattungshilfen für Kampfausrüstungen gewährleistet werden darf. Paramilitärische oder polizeiliche Sondereinheiten (z.B. Sondereinsatzkommandos zur Aufstandsbekämpfung) dürfen keine Unterstützung erhalten.

DIE LINKE setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass die im Rahmen der UNO-Resolution 1325 bereits im Jahr 2000 beschlossenen Maßnahmen zur Einbeziehung von Frauenorganisationen in Aktivitäten der Gewaltprävention, der Konfliktbearbeitung und der Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung endlich in die Praxis umgesetzt werden. Zudem müssen Genderaspekte – d.h. beispielsweise die Problematisierung von Geschlechterrollen und -zuschreibungen in Konfliktgesellschaften – systematisch in die Entwicklung von Konzepten und Strategien der Konfliktbearbeitung einbezogen werden.

## **9) Eine neue Migrations- und Integrationspolitik**

Noch immer werden diese Themen in öffentlichen und politischen Debatten Europas überwiegend negativ diskutiert. Migration und Flucht einer wachsenden Zahl von Afrikanern nach Europa werden vorrangig als Belastung

der hiesigen Sozialsysteme und Arbeitsmärkte interpretiert, wenngleich diese pauschale Wahrnehmung empirisch nicht haltbar ist. Auch im „Mainstream“ der Entwicklungspolitik werden v.a. die negativen Seiten von Flucht und Migration hervorgehoben: Die Abwanderung schade den afrikanischen Volkswirtschaften – besonders durch den Wegfall von jungen und oft hoch qualifizierten Arbeitskräften. Tatsächlich ist der „Brain Drain“ qualifizierter Arbeitskräfte ein immenses Problem, z.B. im Gesundheitssektor (s.o.). Erst seit wenigen Jahren ist der potenzielle Beitrag von AuswandererInnen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Herkunftsländer erkannt worden. Der IWF errechnete, dass allein die afrikanische Diaspora im Jahr 2005 rund 6,7 Mrd. US-Dollar nach Afrika zurück überwies.

DIE LINKE setzt hier an zwei Punkten an:

- Zum einen setzt sich DIE LINKE für die **sofortige Abschaffung der Agentur „Frontex“ und die Rücknahme der zahlreichen Drittstaatenregelungen** und sogenannten Rückführungsabkommen mit nord- und westafrikanischen Staaten ein. DIE LINKE fordert zudem eine Revision der restriktiven Asylpolitiken innerhalb der EU und Deutschlands.
- Zum anderen unterstützt DIE LINKE die **Legalisierung von illegal Eingewanderten und eine Ausweitung der legalen Arbeitsmöglichkeiten für Migranten in Europa**. In dem Zusammenhang spricht sich DIE LINKE auch für die Anerkennung örtlicher Berufsausbildungs- und (Hoch)Schulabschlüsse durch europäische und deutsche Behörden ein, um ArbeitsmigrantInnen adäquate Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen. Darüber hinaus gilt es, existierende Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen in der Diaspora, als auch der Rückkehr als qualifizierte FacharbeiterInnen und ExpertInnen zu unterstützen. Hier sei als positives Beispiel das gemeinsame Programm CIM zu nennen, das von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) und der Zentraler Arbeitsverwaltung betrieben wird.

## 10) Stärkung der Beziehungen zur afrikanischen Linken

Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, politische Teilhabe und Frieden können afrikanischen Ländern und Gesellschaften nicht aufoktroiert werden, sondern müssen von innen „wachsen“, bzw. dort erkämpft werden. Doch im Innern der Staaten Afrikas gibt es scharfe soziale und politische Konflikte. Eine Minderheit – politische und wirtschaftliche Eliten – profitiert vom Status quo und arrangiert sich mit den globalen Konzernen und internationalen Finanzinstitutionen. Beispielhaft wird das durch die Ausdehnung der Sonderwirtschaftszonen, in denen ausländisches Kapital im Bündnis mit den afrikanischen Geschäftemachern die ArbeiterInnen ausbeutet.

Die Mehrheit der AfrikanerInnen ist zwar Opfer der globalen Wirtschaftsverhältnisse und der politischen und sozialen Marginalisierung im jeweils eigenen Land, aber zumeist nicht in der Lage, ihre Forderungen politisch zu artikulieren und ihre Interessen zu organisieren. Vor allem die Linke – in politischen, linkssozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, in (unabhängigen) Gewerkschaften und Teilen der Zivilgesellschaft – ist in Folge der wirtschaftlichen Zerrüttung, aber auch als Folge des Kalten Krieges sehr schwach. Zudem haben sich einige ehemals sozialistische Befreiungsbewegungen und Parteien an der Regierung ideologisch gewandelt und sich neo-liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen geöffnet. Andere vormals antikoloniale und sozialistische Parteien und Bewegungen haben sich selbst diskreditiert, durch Korruption und Unterdrückung von Oppositionellen: Die simbabwische ZANU-PF Robert Mugabes ist hier nur das tragischste Beispiel. Im Gegensatz zu anderen Regionen – wie beispielsweise Lateinamerika – gibt es in den meisten Staaten Afrikas keine organisatorisch starke und gesellschaftlich verankerte neue linke Bewegung.

Die Fraktion DIE LINKE verfolgt das Ziel, afrikanische Linke bei der Vernetzung, beim Aufbau tragfähiger und mobilisationsfähiger Strukturen **politisch zu unterstützen und den Interessen, die sie vor Ort vertreten, in Deutschland und Europa Gehör zu verschaffen**. Ausgangspunkt unserer Politik ist dabei zunächst die Kontaktaufnahme und der verstärkte Dialog mit afrikanischen linken Organisationen und Vereinigungen sowie eine Verständigung über politische Ziele.

Die Fraktion DIE LINKE arbeitet dabei eng mit der Partei und der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen, die sich ebenfalls um den Ausbau der Beziehungen zur (linken) afrikanischen Zivilgesellschaft, zu Gewerkschaften und progressiven Parteien Afrikas bemüht. Ebenfalls führt DIE LINKE Rahmen der Europäischen Linken den Dialog über gemeinsame Unterstützungsmöglichkeiten der afrikanischen Linken. Als konkrete Maßnahme strebt die Fraktion noch in dieser Legislaturperiode die Durchführung eines gemeinsamen Kongresses mit VertreterInnen der afrikanischen Linken an, der sowohl dem Austausch, der politischen Verständigung und der Institutionalisierung unserer Kontakte in den afrikanischen Kontinent dient.

## **Kontakt Daten / Impressum**

### **Hüseyin Aydın, DIE LINKE**

#### **Bundestagsbüro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Telefon:** 030/227-734 91

**Fax:** 030/227-764 91

**Email:** [hueseyin.aydin@bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro:**

Mülheimer Straße 57  
47058 Duisburg

**Telefon:** 0203/805 56 77

**Fax:** 0203/805 56 76

**Email:** [hueseyin.aydin@wk.bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@wk.bundestag.de)

#### **Homepage:**

[www.hueseyin-aydin.de](http://www.hueseyin-aydin.de)

#### **Homepage der Linksfraktion:**

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

#### **Kommentare / Bezug:**

Kommentare, Anregungen und Kritik zum Papier sind willkommen.

Das Papier kann als kostenfreier Download (pdf-Datei) über den folgenden Link bezogen werden:  
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7753176085.pdf>

#### **Bild- und Grafiknachweis:**

Bei dem verwendeten Material handelt es sich um Grafiken, die von den Quell-Organisationen (Welthungerhilfe, medico international) zum freien Download ins Netz gestellt werden.

Die Grafiken können bei Angabe der Ursprungsquellen für nicht-kommerzielle Zwecke weiterverwendet und -verbreitet werden.

#### **Redaktion und Lay-Out:**

Björn Aust  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
MdB-Büro Aydın